

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den



Stadttrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1 Mk., durch die Post vierteljährlich 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 12 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Ausland, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.

Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 20 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 25 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingekauft die Zeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Sieke.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porschtorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 63

Bad Schandau, Mittwoch, den 30. April 1919

63. Jahrgang

Zur Behebung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß als Lungenentzündung im Sinne von § 51 Abs. 2 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) in Verbindung mit § 198 der Ausführungsvorschriften des Bundesrats vom 7. Dezember 1911 (RGBl. 1912 S. 3) jede künstliche Einverleibung von Stoffen in den Rinderkörper anzusehen ist, die lebende Erreger der Lungenentzündung enthalten können.

Hiernach darf eine Uebertragung von primärer oder sekundärer Lungenentzündung, von Kulturen des Erregers der Lungenentzündung, von Blut, Blutserum oder anderen Gewebssäften lungenentzündeter oder der Seuche verdächtiger Rinder auf gesunde Rinder nur auf Anordnung des Wirtschaftsministeriums und nur unter Beobachtung der von ihm bezeichneten Schutzmaßnahmen erfolgen.

Dresden, den 26. April 1919.

4626

Wirtschaftsministerium.

Die Stadt-Sparkasse Schandau verzinst Einlagen täglich mit $3\frac{1}{2}$ Prozent. Geöffnet für Ein- und Rückzahlungen an jedem Werktag vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr. Sonnabends durchgehend von 9—2 Uhr.

Volksbücherei im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr.

Volksküche.

Am 1. Mai ist die **Volksküche geschlossen**. Die Belieferung vom 1. 5. bis 3. 5. erfolgt je einen Wochentag später.

Markenausgabe:

Freitag, den 2. Mai:

Häuser Nr. 1—150 vormittags 10—12 Uhr,
" " 151—264 nachmittags 2—4 "

im **Wachlokal des Rathhauses**. 6 Speisemarken 180 Pfg., 2 Fleischmarken und 4 Abschnitte der Gasthauskartoffelmarken oder 170 Pfg., 2 Fleischmarken und 1 Pfund Speisekartoffeln. Neu hinzutretende Teilnehmer haben außerdem einen Abschnitt der Nahrungsmittelkarte abzugeben.

Belieferung:

Nr.	201	202	203	204	205	206
am	6. 5.	8. 5.	10. 5.	13. 5.	15. 5.	17. 5.
Nr.	211	212	213	214	215	216
am	7. 5.	9. 5.	12. 5.	14. 5.	16. 5.	19. 5.

von $\frac{1}{2}$ 12— $\frac{1}{4}$ 1 Uhr mittags.

Schandau, den 30. April 1919.

Volksküche der Stadt Schandau.

„Fertig!“

Bis auf Kiautschou sind wir fertig — so verkündet zu Beginn der letzten Aprilwoche, am Tage der Abreise der deutschen Friedensdelegierten aus Berlin, der sogenannte diplomatische Situationsbericht der Franzosen. Herr Wilson hatte ursprünglich den 8., dann den 10., dann den 17. April als äußersten Termin festgesetzt und schließlich auch noch eine allerletzte Woche zugelegt; jetzt brennt es den Franzosen auf den Nägeln und sie wollen, sie müssen es um jeden Preis schaffen, damit nicht nach den Italienern etwa noch andere Leute Paris gerade in dem Augenblick verlassen, wo der stürmisch bewegte Schlußakt des Dramas beginnen soll. Also verkünden sie laut und vernehmlich, daß der Wortlaut des Vorfriedensvertrages fertig ist, oder wenigstens so gut wie fertig; denn er wird, heißt es in einem Nachsatz weiter, heute fertiggestellt werden, und die Kiautschoufrage wird „vorausichtlich“ am Dienstag von den drei Staatsmännern so und so entschieden werden, endgültig entschieden werden. Dann bleiben noch einige militärische und maritime Bestimmungen, aber natürlich nur solche „von untergeordneter Bedeutung“, die noch nicht festgelegt sind, und über den Kaiser-Wilhelm-Kanal ist auch noch keine Einigung erzielt. Ja, wenn wir ganz aufrichtig und ganz vollständig sein wollen, harren auch noch die Augensburger Zollfragen, die Frage der Zukunft der deutschen Kabel, die Frage der deutschen Kriegsgefangenen und der deutschen Arbeiter ihrer Lösung — aber solche Kleinigkeiten brauchen den Frieden nun nicht mehr länger aufzuhalten. Freitag, spätestens Sonnabend werden wir hoffentlich den vollständigen Text der Friedensbedingungen den deutschen Delegierten überreichen können, nachdem er einen Tag zuvor in einer geheimen Vollversammlung aller 21 „allierten und assoziierten“ Mächte zur Kenntnis gebracht sein wird. Der sogenannte Weltfeiertag, der 1. Mai, wird also diesmal gerade die Scheidegrenze bezeichnen zwischen der alten und der neuen Ordnung der Dinge. Wird die Welt nachher wirklich glücklicher werden, als es ihr bisher, nach dem unerforschlichen Ratsschluß der Schicksalsmächte, in deren Hände unser irdisches Los gegeben ist, beschieden war?

Wange Zweifel beschleichen unser Herz. Auch die Hoffnungsstrebenden sind still und immer stiller geworden. Was sollen sie auch dazu sagen, daß jetzt in Italien, trotz des für das Königreich unerwartet günstigen Kriegsausganges, wieder chauvinistischer Lärm die Gassen füllt wie einst im Mai, als es galt, einen jahrzehntelangen Schutz- und Trutzbund zu brechen? Wird die Unerfahrenheit der Menschen- oder wenigstens der Völkernatur wirklich mit tausend Paragraphen eines angeblichen Friedensvertrages zu duden sein? Werden die Belgier sich hinreichend entschädigt fühlen, werden die Japaner ihren Ausdehnungsdrang bändigen, werden die Engländer, wenn Irland, Ägypten, Indien in Flammen stehen, ihre Maschinengewehre in den heimischen Waffenkammern stehen lassen und den Weltfriedensgerichtshof um freundliche Entscheidung der vorhandenen — sagen wir einmal — Meinungsverschiedenheiten angehen? Aber schließlich, unsere häuslichen Sorgen drücken uns am meisten. Wird es, kann es einen Friedenszustand in und mit Deutschland geben, solange eine Viertelmillion fremder Soldaten unser Inland Rheinfest besetzt halten? Solange die deutsche Staatshoheit im Saarbecken aufgehoben ist, solange das fernere Schicksal von Elsaß-Lothringen nicht durch eine wahrhafte Volksabstimmung entschieden ist? Und wenn Danzig wirklich den Polen ausgeliefert werden sollte, mit samt dem famosen Weichselkorridor, der für uns

den Verlust von Ost- und Westpreußen bedeuten würde, glaubt auch nur ein Mensch mit vernünftigen Sinnen ernsthaft an die Möglichkeit, daß wir eine solche Regelung unserer Grenzen wie ein unabwendbares Schicksal hinnehmen würden? Die Brandfackel, die dadurch an das europäische Haus gelegt würde, müßte den Bemühungen aller internationalen Feuerwehren der Welt spotten — der Friedensvertrag wäre dann das Papier nicht wert, auf das er gedruckt werden soll. Dabei haben wir noch gar nicht einmal die Frage der Kriegsschadensentschädigung berührt, die auch nicht leicht genommen werden darf, die Schulfrage und ähnliche Dinge, die für unsere Feinde längst als entschieden gelten. Nein, entschieden ist noch gar nichts, oder wenigstens sehr wenig, wenn anders ein Friede zustande kommen soll, nicht eine Art Buchstabenordnung, um die dauernde Niederhaltung des Deutschlands zu gewährleisten.

Auch durch die kleinen Zudergaben, die Herr Clemenceau in diesem Augenblick an uns ausstrecken die Güte hat, wird an diesem Sachverhalt nicht das geringste geändert. Die schwarzen Listen werden aufgehoben — was uns vor fünf, sechs Monaten sehr angenehm gewesen wäre, bei der gegenwärtigen Zerrüttung unserer Volkswirtschaft aber kaum die damalige Bedeutung hat. Eine Sonderkommission zur Behandlung der Frage der Lebensmittel und Rohstoffe für Deutschland soll nach Versailles entsandt werden — ach, wäre sie doch vor einem halben Jahre hinübergebeten worden, wie anders sähe es jetzt wohl herzulande aus! Nein, Herr Clemenceau, Sie haben uns schon zu gründlich ruiniert, um jetzt noch durch solche Mittelchen auf unsere Stimmung — und auf unsere Bereitschaft, Ihren Friedensvertrag zu unterzeichnen, einwirken zu können. Auch wir sind fertig. Nur nicht in dem Sinne, daß wir uns zwingen lassen, jeden Vertrag zu dulden, der über unsere elementarsten Lebensrechte aramtam hinwegschreitet.

Eine halbamtliche Stimme.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Wohl niemals ist ein schwererer Gang getan worden als der, den jetzt Graf Brodorski-Rankau und seine Berater gehen müssen. Eine ungeheure Last von Verantwortung ruht auf ihren Schultern und Riesenkräfte gehören dazu, sie zu tragen. Der Zug, der unsere Delegierten nach Versailles führt, trägt Deutschlands Schicksal, und jeder Deutsche, der an dem Schicksal seines Volkes und Vaterlandes Anteil nimmt, wird ihm aus tiefstem Herzen eine glückliche Fahrt, und denen, die er trägt, eine glückliche Heimkehr wünschen.

Wir sind ein geschlagenes Volk, Deutschlands ehemals so stolze Macht ist vernichtet und auf lange hinaus werden wir unseren Feinden keine Machtmittel entgegenzusetzen haben. Aber dennoch wäre es falsch, sich heute dumpfer Ratlosigkeit und schwächlicher Verzweiflung zu überlassen. Sind wir auch geschlagen, so sind wir nicht wehrlos. Unsere Wehr ist das Recht, unsere Waffen sind die Vernunft und die echte Sittlichkeit, die allein den Frieden der Völkerveröhnung schützen können. Von diesen Waffen werden unsere Delegierten den Gebrauch machen, der unserem Volk und unserem Vaterlande frommt, und der Staatskunst des Reichsministers, Grafen v. Brodorski-Rankau wird es, wie wir fest hoffen, gelingen, aus der so unendlich schwierigen Lage, in der wir uns befinden, das Beste zu machen, das sich machen läßt.

Opfer werden wir bringen müssen, schwere Opfer, damit müssen wir rechnen, und damit müssen wir uns abfinden. Graf Brodorski aber und seine Mitarbeiter werden dafür sorgen, daß die Opfer, die wir zu bringen haben werden, unsere politischen, unsere wirtschaftliche und

unsere nationale Lebensfähigkeit nicht beeinträchtigen, und wenn unsere Opfer dazu dienen, dem deutschen Volk einen Frieden zu sichern, unter dessen Schutz es wieder erstarren kann, und der Welt einen Frieden, der ein wahrer Frieden der Versöhnung ist, so werden sie nicht vergeblich gebracht sein.

Keine Unterhandlungen mit München.

Ein Aufruf der bayerischen Regierung. Die Regierung Hoffmann hat einen längeren Aufruf an das bayerische Volk veröffentlicht, in dem sie darauf hinweist, daß die Not Münchens schnelle Hilfe erheische und daß deshalb das Eingreifen der Reichstruppen (Würtemberger und Preußen) notwendig geworden sei, da mit der Aufstellung reinbayerischer Verbände zu viel Zeit verloren ginge. Am Dienstag haben die eigentlichen Operationen gegen München begonnen, indem die Truppen die Donau überschritten und sich in der Linie Bamberg—München in Marsch setzten.

Was die Regierung verlangt.

Die Gerüchte, daß die Regierung Hoffmann mit den Münchener Kommunisten verhandelt habe, sind unzutreffend. Die Regierung ist nicht gewillt, die Kommunisten als kriegsführende Partei anzuerkennen. Sie verlangt vielmehr bedingungslose Übergabe und Auslieferung sämtlicher Rebellenführer.

Für die Lage der spartakistischen Truppe ist bezeichnend, daß die „Freiheit“ am Schluß eines längeren Artikels erklärt, es sei natürlich nicht daran zu denken, daß die Münchener Truppen einem konzentrischen Angriff längere Zeit standhalten könnten.

Kroftlose Finanzverhältnisse der Räterepublik.

Nach Bamberger Berichten sind die Finanzverhältnisse der Räteregierung in München völlig trostlos. Um dem in den Staatsbanken und Banken herrschenden Mangel an Zahlungsmitteln abzuhelfen, ist die Verfügung ergangen, daß sämtliche Tageseinnahmen der großen Betriebe, wie Fabriken, Kaufhäuser, Theater, Kinos, Cafés und Wirtschaften täglich durch die Betriebsräte im Beisein der Besitzer bei den Banken einzuzahlen sind. Außerdem sind sämtliche Wohnungs- und Pachtzinsen vom 1. bis 10. Mai auf das Konto einer Bank einzuzahlen. Vorauszahlung von Gehältern ist strengstens verboten. Die Betriebe sind genötigt, infolge Kohlenmangels die weitere Erzeugung einzustellen. Dadurch werden wieder 10 000 Arbeiter brotlos.

Waffenabgabe in Nürnberg.

Die Waffenabgabe in Nürnberg hat sich ohne Störung vollzogen. Die Regierung hat eine strenge Verordnung hinsichtlich der Presse erlassen, die alle Äußerungen, die gegen die öffentliche Sicherheit verstößen, mit dem Verbot bedroht. Mehrere Blätter, darunter die Rote Fahne, sind bis auf weiteres verboten. — Zahlreiche Bauernverbände und gewerbliche Vereinigungen haben der Regierung Hoffmann das Vertrauen ausgesprochen.

Spartakistenpuffische in Oberschlesien.

Polnische Umtriebe und Generalstreikbege. In den letzten Tagen hat sich die Lage in Oberschlesien infolge der unermüdbaren Putscharbeit und der Drohungen der Spartakisten wieder stark verschlechtert. Im Industriegebiet brachen wieder an verschiedenen Orten Streiks aus. Die Streikforderungen sind größtenteils politisch. Polnische und spartakistische Forderungen

gehen durcheinander, wie die Erhebung des Grenzschildes durch Arbeitermilitärs, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Freilassung der politischen Gefangenen, die sechsstündige Arbeitszeit und die Selbstverwaltung für Oberschlesien. Für den 3. Mai ist von polnischer Seite eine große Demonstration als Feier des Tages der Erklärung der polnischen Konstitution vor 128 Jahren geplant. Polnische Butsche bleiben dabei zu erwarten, da die Stimmung durch die polnische Agitation und durch Gerüchte über die Hallersche Armee sehr erregt ist.

Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob polnische Agitatoren besonders eifrig tätig sind, um in Oberschlesien nach polenischem Muster zu verfahren und die Versämler Konferenz auch bezüglich Oberschlesiens vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Durch rechtzeitige und umsichtige Maßnahmen der Truppen gelang die unblutige Besetzung der Kraftwerke von Chorzow und Baborze, so daß die Elektrizitätswerke wieder arbeiten. Einer der Hauptführer der Streikbewegung wurde verhaftet. Von einem Generalstreik kann keine Rede sein, wenn sich auch Spartakisten und Kommunisten bemühen, mit allen Mitteln die allgemeine Arbeitseinstellung herbeizuführen.

Massenkundgebungen in Stettin.

Der bedauerliche Vorfall in Stettin, wo Mannschaften des Ostschutzes eine Kommunistenversammlung sprengten, hat starke Unruhe hervorgerufen, die sich die radikalen Elemente zunutze gemacht haben. In einer Massenkundgebung wurde u. a. Verhaftung aller Schulbuben, Entfremdung der Abteilung Boensgen aus Stettin, Ausweisung der Balken und Neuwahl des Arbeiterrates verlangt. Wie die unabhängigen Redner in Massenversammlungen mitteilten, sind alle Forderungen erfüllt worden. Auch Hauptmann Boensgen wurde verhaftet.

Eintigung in Jena.

Auf die Drohung der Jener Arbeiter, in den Generalstreik einzutreten, falls nicht unverzüglich die Regierungstruppen aus Jena zurückgezogen würden, ist von der Reichsregierung ein entgegenkommender Bescheid ergangen. Die Truppen haben Jena verlassen, obwohl die Regierung anfangs erklärt hatte, ihr Aufenthalt in Jena sei für besondere Zwecke vorübergehend nötig.

Verhaftung des Bremer Notensoldatenbundes.

Der Rote Soldatenbund in Bremen, der die Absicht hatte, die gegenwärtige Regierung zu stürzen, ist von Regierungstruppen gesprengt worden. Die Mehrzahl seiner Mitglieder ist verhaftet worden.

Ende des Streiks im Ruhrrevier.

Der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier ist jetzt völlig beendet. Auf 211 von 240 Schachtanlagen wird voll gearbeitet. Im übrigen mehren sich die Zahl der Anfahrtsunfälle.

Zeit- und Streitfragen.

Stimmen aus allen politischen Parteien.

Können die Löhne abgebaut werden?

Vor einigen Tagen machte ein Artikel in der Presse viel von sich reden, in dem gefordert worden war, die Löhne zwangsweise abzubauen und zum Ausgleich die Nahrungsmittelpreise mit Hilfe von Staatsbeihilfe herabzusetzen. Dagegen nimmt jetzt B. A. Helmholt, der frühere Mitarbeiter Groeners im Kriegsjahr, Stellung, indem er im B. L. schreibt:

Der Grundirrtum liegt darin, daß der Verfasser — wie unsere Finanzpolitiker während des Krieges — der Ansicht ist, der Kurs der Mark hinge in der Hauptsache vom Angebot und der Nachfrage nach der Mark auf dem Auslandsmarkte ab. Das mag wohl für kleine Schwankungen von Einfluß sein. In Wirklichkeit kommt es aber im internationalen Handel nicht auf den Austausch des Geldes, sondern auf den Kauf und Verkauf der Ware an. Die internationale Ware ist der Markt, an dem alle Währungen gemessen werden. So lange wir also 50 Mark für einen Artikel bezahlen, den der Franzose mit 25 Frank oder der Engländer mit 1 Pfund Sterling bewertet, so lange wird unser Kurs schlecht sein.

Der Verfasser führt dann weiter aus, daß es für den Arbeiter, der von der Hand in den Mund lebt, keine Valuta gab. Ein Interesse an der Währung haben nur der Kapitalist, der Sparver, der festbesoldete Beamte und der Rentenempfänger.

In diese Kreise muß man sich wenden, wenn man erreichen will, daß das Verhältnis von Geld zu Ware sich günstiger gestaltet. Je mehr Geld gefordert wird, je weniger geleistet wird, desto schlechter wird unsere Inlandswährung des Geldes, desto teurer wird das Leben, desto mehr sinkt auch der Markkurs, und da helfen alle Experimente im Ausland nichts.

Im Gegensatz zur Valuta interessiert den deutschen Arbeiter, so führt Helmholt weiter aus, der Warenaustausch, das Verhältnis der Ein- und Ausfuhr. Die Arbeitsteilung geht weit über die Grenzen unseres Landes hinaus, und der deutsche Arbeiter kann nicht in wirklich günstigen Verhältnissen leben, wenn er nicht für ausländische Arbeiter etwas produziert, damit diese ihm durch ihre Gegenleistung Bequemlichkeiten schaffen, die er sich im Lande eben nicht verschaffen kann.

Dem deutschen Arbeiter muß klar gemacht werden, daß er in der Woche so und soviel Tonnen Kohlen nach Holland liefern muß, damit so und soviel Tonnen Butter, Käse usw. aus Holland herinkommen; für solche Zahlen hat der Arbeiter Verständnis, besonders wenn er dann seinen Anteil Butter auch tatsächlich am Sonntag auf dem Frühstücksbrot vorfindet.

Der Verfasser warnt dann vor der zwangsweisen Herabsetzung der Löhne. Sie würde nach seiner Meinung dieselben Folgen haben, wie die während des Krieges erfolgte Herabsetzung der Verbrauchsmengen, sie würde zu weiterer Revolution führen und weite Schichten der Arbeiterschaft dem Bolschewismus in die Arme führen. Als einziges Hilfsmittel erscheint dem Verfasser eine entsprechende Beschlagnahme der Lebensmittelproduktion. Die beschlagnahmten Mengen sollen dann zu erschwinglichen Preisen an die bedürftige Bevölkerung verteilt werden, während der nicht beschlagnahmte Rest dem freien Handel überlassen bleibe, womit die Landwirtschaft damit auf ihre Kosten komme. Staatszuschüsse für die Lebensmittelpreise hält Helmholt für gefährlich, weil die Beträge entweder durch Anleihen oder Steuern gedeckt werden müßten, was beides erneut eine Erhöhung der Löhne bedingt.

Zum Schluß seiner Ausführungen kommt Helmholt zu dem Ergebnis, daß vor allem etwas geschaffen werden müsse. Arbeit und immer wieder Arbeit! Das ist die Hauptsache.

Im

mit einem veralteten Brauch aufzuräumen, ersuchen wir diejenigen Bezahler unserer Zeitung, die den Bezugspreis für dieselbe noch hinterher bezahlen, in der Zeit vom 1. bis 15. Mai den Betrag für das laufende Vierteljahr zu entrichten. (Vorauszahlung ist bei allen anderen Blättern ebenfalls üblich!) Dies ist zur Vermeidung von Irrtümern und zur Vereinfachung der Geschäftsführung nötig. Wir rechnen mit der Einsicht der in Frage kommenden Leser.

Verlag der Sächsischen Zeitung.

Der Ententekampf gegen die Bolschewisten.

Verzweifelte Lage der Sowjetarmee.

London, 29. April.

Nach Meldungen aus Selaterinenburg haben die Bolschewisten versucht, ihre demoralisierten Truppen unter der Vorpiegelung, daß 80 000 Mann Ukrainer zur Verstärkung heranzögen, wieder zum Kampf gebracht. Sie wurden aber unter schweren Verlusten abermals geschlagen. Das sibirische Ententeheer dringt unaufhaltbar in schnellem Tempo beiderseits der Kama vor. Auch General Duffort hat die Bolschewisten auf der ganzen Front geschlagen und rückt auf Orenburg vor.

Italien sucht Anschluß an Deutschland.

Der gute deutsche Kunde.

Rom, 29. April.

Infolge der Differenzen mit Wilson und der übrigen Entente weist die öffentliche Meinung Italiens wieder auf die Notwendigkeit einer Fühlungnahme mit Deutschland hin, besonders in handelspolitischer Beziehung. Deutschland habe 1913 25 % der italienischen Ausfuhr aufgenommen. Wenn bei der gesteigerten Konkurrenz aus Kalifornien, Spanien und Algerien nicht wieder freundliche Handelsbeziehungen zu Österreich, Ungarn, Böhmen und Bayern geschaffen würden, so bedrohe Italien eine schwere Ausfuhrkrise. Damit wäre auch das Ausblühen der Häfen Triest und Genua in Frage gestellt. Die italienische Friedensdelegation sollte also anstatt der hypothetischen deutschen Milliarden einen günstigen Tarifvertrag mit Deutschland, Österreich und Ungarn fordern.

Die Anklage gegen Wilhelm II.

Ankläger und Richter in einer Person.

Paris, 29. April

Amlich wird bekanntgegeben:

Die Alliierten verurteilen den ehemaligen Kaiser Wilhelm II. in den öffentlichen Anklagezustand, und zwar nicht wegen Verbrechen, die in den Strafgesetzen aufgeführt sind, sondern wegen „höchster Nichtachtung der internationalen Sittengesetze und der gerechtesten Rechte“. Zur Aburteilung des Angeklagten wird ein besonderer Gerichtshof eingesetzt werden, wobei ihm die hauptsächlichsten Garantien des Verteidigungsrechtes zugesichert werden. Dieser Gerichtshof setzt sich zusammen aus fünf von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan zu ernennenden Richtern. Er wird auch die nach seiner Ansicht zur Anwendung kommenden Strafen selbständig festsetzen.

Die Entente wird an Holland das Gesuch um Auslieferung Wilhelms II. richten. Die deutsche Regierung wird verpflichtet, alle Dokumente und Auskünfte irgendwelcher Natur zu liefern, die zur Beurteilung der als strafbar bezeichneten Handlungen zur Nachforschung nach den Schuldigen und zur genauen Einschätzung der Verantwortlichkeit notwendig sind.

Ungetreue Soldatenwehr.

Kleider- und Lebensmittelschiebungen.

Berlin, 29. April.

Das Depot 11 der Republikanischen Soldatenwehr Berlin ist aufgelöst worden. Durch Aufnahme von Mannschaften der aufgelösten Volksmarineteilung war es ziemlich unzuverlässig geworden, zudem war bekannt worden, daß im Depot ein umfangreicher Waffen- und Lebensmittelhandel getrieben wurde. Bei der Auflösung, die sich in aller Ruhe vollzog, wurden denn auch große Mengen von Waffen, Lebensmitteln und Bekleidungsstücken gefunden, was um so bemerkenswerter ist, als sich das Depot erst vor einigen Tagen wegen Kleidermangel beschwert hat. Die gefundenen Sachen mußten auf zehn Autos abtransportiert werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Die Amerikaner erpressen deutsches Geld. In Spa wurde deutscherseits entschieden Protest eingelegt gegen das unerhörte Auftreten von zwei amerikanischen Offizieren gegen den Regierungspräsidenten von Koblenz. Sie zwangen den Regierungspräsidenten unter Androhung von Gewalt, über 2 Millionen Mark als Erlös für deutsches verkaufenes Heeresgut anzuweisen, da der Erlös der amerikanischen Regierung zustehe, während deutscherseits daran festgehalten wird, daß Verkäufe von Heeresgut auch nach Abschluß des Waffenstillstandes rechtsgültig sind und der Erlös daraus der deutschen Regierung zusteht.

+ Bayern und die Reichswehr. Zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung sind Verhandlungen eingeleitet, imwieweit die neugebildeten bayerischen Freiwilligenkorps und die Volksewehverbände, soweit deren Mitglieder sich zur Annahme der gesetzlichen Bedingungen bereit erklären zur Übernahme in die Reichswehr Anwartschaft haben sollen.

+ General Haller schwört! Der polnische General Haller legt seine Drohungen gegen Deutschland munter fort. Er sagt, seit er polnischen Boden betreten habe, erkenne er Willkür und die polnische Nationalversammlung als oberste Gewalten an. Marschall Foch unterstehe er

nur nominell. Polen werde der ganzen Welt den lauten Schwur entgegenzuschleudern, daß es Danzig niemals aufgeben werde. In Paris sei man von den deutschen Lügen, Danzig und den Ostseestrand als deutsch hinaustellen, überzeugt.

+ Lebhaftige Kampfaktivität an der Posener Front. Während an der polnischen Süd- und Ostfront die Kampfaktivität sich in den gewöhnlichen Grenzen hielt, herrschte im Nebeabschnitt sehr rege Geschäftstätigkeit. Verschiedentlich stärkere polnische Vorstöße an der dortigen Front wurden abgewiesen. Stadt und Umgegend von Rakel lagen erneut unter polnischem Feuer. Außer blutigen Verlusten ist erheblicher Sachschaden zu beklagen. Nach eingegangenen Meldungen ist in dieser Gegend mit einer Fortsetzung der polnischen Angriffstätigkeit zu rechnen.

+ Versuchte Lahmlegung unseres drahtlosen Verkehrs. Für die Wiederfreigabe der brieflichen und telegraphischen Handelsmittlungen zwischen Deutschland und den Neutralen stellten die Alliierten in Spa neun Bedingungen. Die neunte betraf die Kontrolle der deutschen Großfunkstationen in Mauen, Hannover und Berlin und wurde deutscherseits selbstverständlich abgelehnt.

+ Der Entwurf eines Reichsbesiedelungsgesetzes ist der Nationalversammlung zugegangen und bestimmt, daß Staatsdomänen bei Ablauf des Nachtvertrages den gemeinnützigen Siedlungsunternehmen anzubieten sind, soweit nicht ihre Erhaltung im Staatsbesitz notwendig ist. Moorland kann von den Siedlungsunternehmen enteignet werden, wenn es für die Besiedlung nutzbar gemacht werden soll.

+ Freikauf Groß-Thüringen. In Weimar haben zwischen Vertretern Preußens, Sachsens und sämtlicher thüringischen Staaten Besprechungen begonnen. Es handelt sich um die Vorbereitung des Zusammenschlusses der thüringischen Lande unter Angliederung von Gebietsanteilen Sachsens und Preußens zu einem neuen Freikauf „Groß-Thüringen“ und um die gegebenenfalls erforderliche wirtschaftliche Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Staaten.

Großbritannien.

* Der Text des Völkervertrages ist nunmehr hier amtlich bekannt gegeben worden. Die meisten und wichtigsten seiner Bestimmungen sind bereits kürzlich halbamtlich veröffentlicht worden. Neben den 32 ursprünglichen Mitgliedern werden noch weitere 13 Staaten, darunter die Niederlande, aufgefordert, dem Völkervertrage beizutreten. Der Hauptpunkt des Völkervertrages ist der, daß eine Nation, die unter Mißachtung des Vertrages ihre Zusage zum Kriege nimmt, als eine Nation angesehen wird, die eine Kriegshandlung gegen alle Alliierten begangen hat.

Holland.

* Die Sozialistenkonferenz und das Saarbecken. Auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Amsterdam wurde von MacDonald, Longuet und Haase eine Resolution eingebracht, in der über das Saargebiet erklärt wird, daß die offene oder verheulte Annexion dieses Gebietes dem Wilsonschen Prinzip widerspricht und zurückgewiesen werden muß, daß aber der Ertrag der Bergwerke bis zur Wiederherstellung des zugefügten Schadens Frankreich zuzutreffen muß.

Aus Ja- und Nein.

Braunschweig. Es ist noch immer keine Regierungsbildung gelungen. Man rechnet in Berliner Regierungskreisen mit einem Koalitionsministerium.

Münster i. W. Als Oberpräsident von Westfalen an Stelle des Prinzen zu Ratibor und Corvey, der sein Abschiedsgesuch eingereicht hatte, ist der Mehrheitssozialist Rechtsanwalt Dr. Lothar Schüding (Dortmund), früher Bürgermeister von Sülum, in Aussicht genommen.

Lübeck. Bei den Wahlen zum Arbeiterrat erhielten die Mehrheitssozialisten 44, kaufm. Angestellten 16, die Beamten 9, die Unabhängigen 9 und die Kommunisten 8 Sitze.

Wien. Die katholischen Vereine Wiens veranstalteten eine massenhafte bewachte Kundgebung gegen den Erlaß des Staatsamtes für Unterricht, der die Verpflichtung der Schüler zur Teilnahme an religiösen Übungen aufhebt.

Athens. Benizelos erklärte, die griechische Frage set auf der Friedenskonferenz noch immer in der Schwebe. Die nach Kleinasien zu entsendende Kommission betreibe nicht die Prüfung der Nationalität der von den Griechen geforderten Gebiete, sondern nur kleinasiatische Fragen.

Washington. Die amerikanische Regierung ist fest entschlossen, zu verhindern, daß Japan die deutschen Inseln im Stillen Ozean und Klauichou erhalte. Die Erklärung Wilsons gegen alle Geheimverträge wird als Vorspiel neuer Ereignisse bezeichnet.

Welt- und Volkswirtschaft.

* Die Ursachen des Zuckermangels sind, wie von unterrichteter Seite erklärt wird, hauptsächlich in dem Rückgang der Erzeugung infolge des Kohlenpreises, der Verkehrserschwerigkeiten und dem Fortfall der Provinz Posen als Erzeugungsgelände zu suchen. Polen lieferte allein 10 Prozent des gesamten Zuckers. Durch die Entlassung der Heerespflichtigen ist eine Entlastung des Zuckermarktes nicht eingetreten, denn sie müssen jetzt durch die Gemeinden versorgt werden. Die noch vorhandenen Heeresbestände an Zucker verbleiben für die Freiwilligenformationen. Durch den Fortfall der Munitionserzeugung sind 65 000 Tonnen frei geworden. Eine vorzugsweise Belieferung der Industrie mit Zucker erfolgt nicht, der hier verwendete Zucker ist Auslandszucker. Auch eine Ausfuhr deutschen Zuckers zur Hebung unserer Valuta, die allerdings von der Entente angestrebt wird, ist bisher nicht erfolgt. Unsere augenblickliche Zuckernot wird am besten illusriert durch die Gegenüberstellung einiger Produktionsziffern. Vor Ausbruch des Krieges wurden in Deutschland 17 000 000 Tonnen Zucker erzeugt, 1917-18 noch 9 250 000 Tonnen, 1918-19 (Rechnungsjahr) 8 500 000 Tonnen. Augenblicklich ist die Zuckererzeugung fast auf dem Nullpunkt angelangt.

* Zwangskurs für die Mark? Aus der Schweiz kommende Meldungen wollen erneut wissen, daß die Entente bei ihrer Absicht beharre, zur besseren Regelung der Handelsbeziehungen mit Deutschland einen Zwangskurs für die Mark im Auslande zu errichten. Wie das allerdings durchgeführt werden soll, ist völlig unklar.

* Weitere Aufhebung von Handelsbeschränkungen. Der holländische Überseezucker erhielt von der Entente die Mitteilung, daß alle bis jetzt bestehenden Einschränkungen bezüglich der Ausfuhr von Gütern deutschen oder österreichischen Ursprungs aufgehoben sind. Nur solche Güter, die mehr als 5 % Materialien deutschen oder österreichischen Ursprungs enthalten, dürfen nicht für die Einfuhr in die englischen Häfen verschifft, wohl aber in Eng-

land umgeladen werden. Im Zusammenhang mit dieser Neuordnung sollen künftig für die Ausfuhr von Gütern nach Holland durch die britischen Häfen keine Beschränkungen mehr vom holländischen Überseeamt gefordert werden.

Das Vermögen Wilhelms II.

Von August Storm.

Wiederholt ist in den letzten Monaten von sozialistischer Seite die Forderung erhoben worden, das Vermögen des ehemaligen Kaisers mit Beschlag zu belegen und für Staatseigentum zu erklären. Von maßgebender Stelle hat man darauf geantwortet, daß auch eine sozialdemokratische Regierung das Privateigentum achtet und daß man zuungunsten des Kaisers keine Ausnahme machen werde; allerdings müsse man dafür sorgen, daß dem Kaiser nicht zuviel bleibe. Man wird also die Frage, was als Privateigentum des Kaisers anzusehen sei, sehr eingehend und sehr streng prüfen. Zu diesem Zweck und für die Auseinandersetzung zwischen dem Staat und den Mitgliedern des vormaligen preussischen Königshauses im allgemeinen ist beim preussischen Justizministerium ein besonderer Ausschuss gebildet worden, der aus Vertretern des Staatsministeriums und der Ministerien der Justiz, der Finanzen, des Innern und der Landwirtschaft sowie des Hausministeriums besteht. Leicht ist die Aufgabe dieses Ausschusses nicht und ihre Lösung dürfte geraume Zeit in Anspruch nehmen. Ebenso wahrscheinlich ist es, daß, wenn es nicht zu einem Vergleich kommt, die Mitglieder der hohenzollernschen Königsfamilie die Entscheidung des Ausschusses anfechten und die Gerichte anrufen werden.

Wie verwickelt die Frage ist, was als Privateigentum Wilhelms II. und der anderen Mitglieder des Hauses Hohenzollern anzusehen sei, lehrt ein Blick auf die bisherigen Einnahmequellen des Kaisers und der Familie Hohenzollern. Bis zum Jahre 1820 entnahm der König von Preußen die Kosten der Unterhaltung für sich und das königliche Haus einfach der Staatskasse. Die Neuordnung des preussischen Finanzwesens führte dazu, daß durch Gesetz vom 17. Januar 1820 der größte Teil des der königlichen Familie gehörigen Grundbesitzes dem Staate überwiesen und dafür dem jeweiligen Herrscher eine vom Staate zu zahlende Rente, die sogenannte Kronfideikommissrente, ausgesetzt wurde. Diese Rente betrug 7 719 296 Mark jährlich. Dazu kamen die Einnahmen aus dem königlichen Hausfideikommiss, begründet im Testamente Friedrich Wilhelms des Ersten vom Jahre 1733; aus dem Kronrentor, bestehend aus 15 Millionen Mark, die Friedrich Wilhelm der Dritte erpart hatte und von dem die Hälfte vom Kapital niemals angegriffen werden, sondern als „Kopfschmieg“ der hohenzollernschen Familie verbleiben sollte; endlich aus dem königlich-prinzlichen Familienfideikommiss, errichtet von Friedrich Wilhelm dem Dritten für nachgeborene Prinzen. Aus allen diesen Einnahmen hatte der König von Preußen den Unterhalt für sich und seine Familie, ferner die Kosten des königlichen Hofstaates und aller prinzipalen Hofstaaten sowie der zum Hofe gehörenden Einrichtungen zu bestreiten. Ob man jetzt aus der Kronfideikommissrente dem Kaiser und seiner Familie etwas zusprechen wird, ist zweifelhaft. Anders steht es um die Fideikommissrenten; diese stellen aber nicht Privateigentum des früheren Kaisers, sondern des ganzen Hauses Hohenzollern dar.

Zu den bisher geschilderten Einnahmequellen des Königs von Preußen trat vom 1. Januar 1859 ab eine Dividende, die anfangs 1 500 000 Mark betrug und durch wiederholte Erhöhungen, die letzte trat durch Gesetz vom 17. April 1910 ein, bis auf 10 Millionen Mark stieg. Wilhelm der Zweite hat demnach als König von Preußen eingenommen: 10 Millionen Mark der Dividende, 7 719 296 Mark aus Kronfideikommissrenten und einige Millionen aus den erwähnten Fideikommissrenten. Insgesamt hat er jährlich etwa 22 Millionen Mark eingenommen. Vom Reiche erhielt er nichts. Er bezahlte nur seine Adjutanten und stellte ihnen jährlich 3 Millionen Mark für Gnadenbewilligungen aller Art zur Verfügung. Die jährliche Einnahme von 22 Millionen hat Wilhelm II. verbraucht und oft hat sie nicht zureicht. Seine Reisen, von anderem zu schweigen, besonders die nach Korfu, haben sehr viel Geld gekostet. Der letzte Hausminister, Herr v. Wedell-Piesdorf, ist aus dieser Stellung geschieden, weil er die Verantwortung für solche Ausgaben nicht länger tragen mochte. Jedenfalls ist der Kaiser nicht sparsam gewesen. Große Beträge, die ihm wiederholt durch Erbgang, z. B. nach dem Tode Kaiser Wilhelms des Ersten und der Königin Victoria von England, zugefallen sind, hat er, wenigstens zum Teil, ebenfalls seinem Aufwand zum Opfer gebracht. Nach alledem darf man getrost annehmen, daß Wilhelm der Zweite so reich, wie man ihn geschätzt hat und noch schätzt, nicht ist.

In einem Buch über die Millionäre im Deutschen Reiche, das einige Jahre vor Ausbruch des Krieges erschien, wurde das Vermögen des Kaisers auf rund 140 Millionen Mark geschätzt. Das war ohne Zweifel viel zu hoch. Grundstücke, namentlich Schlösser, die als Eigentum des Staates anzusehen sind, waren bei dieser Berechnung dem Vermögen des Kaisers zugezählt. Ebenso war dies mit anderem Besitz geschehen, der nicht dem Kaiser allein, sondern dem ganzen hohenzollernschen Hause gehört. Bald nach seiner Flucht nach Holland, nämlich der etwa 1 500 000 Mark betragenden Vorschüsse, die ihm die jetzige Regierung auf sein Vermögen hat auszahlen lassen, hieß es, daß das Vermögen des Kaisers auf 75 Millionen Mark zu beziffern sei. Auch diese Schätzung dürfte zu hoch gegriffen sein. Der zur Feststellung des kaiserlichen Vermögens eingesetzte Ausschuss wird wahrscheinlich zu einem niedrigeren Betrage gelangen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Erpresserbriefe mit gefälschten Unterschriften Eberts und Scheidemanns. Eine Erpressergeschichte beschaffte die Strafkammer zu Schwelm die Mittelbar im Anschluß an die revolutionären Umwälzungen im November wurden Bewohner in Reichenbach durch unerhörte dreifache Erpresserbriefe bedrückt. So erhielt am 12. November die Witwenbesitzerin Dittich dorf selbst einen Brief, der mit den Namen von Ebert und Scheidemann unterzeichnet war. Danach teilte diese im Auftrag der neuen Regierungsgewalt mit, daß sie befugt wäre, von bemittelten Personen Geldsummen einzuziehen. In diesem Falle sollte an bestimmter Stelle 10 000 Mark hinterlegt werden und es wurden für den Fall der Nichtbefolgung schwerste Drohungen ausgesprochen. Als am folgenden Tage ein gleicher Brief mit den Fälschungen der Unterschriften von Ebert und Scheidemann in einem Briefkasten aufgefunden wurde, konnte als Urheberin der Erpresserbriefe die Ehefrau des Missionstheologen Gents aus Reichenbach ermittelt werden. Sie gab vor Gericht an, aus Not gehandelt zu haben und wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus Stadt und Land.

Werkblatt für den 1. und 2. Mai.

Sonnenaufgang 4⁵⁵ (4⁵¹) | Mondaufgang 5⁰⁰ (5⁰⁰)
Sonnenuntergang 7²⁰ (7²⁴) | Monduntergang 9²⁷ (10⁰⁰)
1. Mai: 1873 Afrikaforcher Bivingstone gest. — 1904 Der Komponist Anton Dvořak gest.
2. Mai: 1899 Eduard von Simson, erster Präsident des Reichsgerichts, gest. — 1916 Ende des irischen Aufstands.

Himmelerscheinungen im Mai. Die Sonne tritt am 22. Mai aus dem Zeichen des Stieres in das der Zwillinge. Die Auf- und Untergangszeiten unseres Tagesgestirns sind nach Sommerzeit am 1. Mai 5 Uhr 33 Minuten und 8 Uhr 23 Minuten, am 11. Mai 5 Uhr 14 Minuten und 8 Uhr 39 Minuten, am 21. Mai 4 Uhr 59 Minuten und 8 Uhr 55 Minuten, am 31. Mai 4 Uhr 47 Minuten und 9 Uhr 8 Minuten. Am 29. Mai findet eine vollständige Mondfinsternis statt, die jedoch nur in Südamerika, im südlichen Atlantischen Ozean und in Mittelafrika zu beobachten sein wird. — Den Mond sehen wir zu Anfang d. Mts. als zunehmende Sichel. Er erreicht am 7. das 1. Viertel. Am 15. haben wir Vollmond. Im letzten Viertel steht unser Trabant am 22. und am 29. ist er als Neumond vollkommen verschwunden. — Von den Planeten bleibt der Merkur auch im Mai unsichtbar. Die Venus finden wir am westlichen Abendhimmel; ihre Sichtbarkeitsdauer nimmt bis auf 2¹/₂ Stunden ab. Ende Mai geht die hellstrahlende Venus nördlich am Jupiter vorbei. Der Mars bleibt unsichtbar. Die Beobachtungsbauer des Jupiter, der im Nordwesten zu finden ist, geht von 4 bis auf 1¹/₄ Stunde zurück. Die Sichtbarkeitsdauer des Saturn nimmt von 6 bis auf 2¹/₂ Stunden ab. Als besondere Sternschnuppentage kommen der 1., 5., 6., 7., 11., 15., 29. und 30. Mai in Frage. — Von großer Bedeutung für den Landmann sind die bekannten Majfröste, die alljährlich mehr oder minder stark ausgeprägt auftreten. Nach dem bisherigen Witterungsverlauf darf man annehmen, daß die Kälterfälle nicht allzu scharf sein werden.

— **Zugverkehr am 1. Mai.** Da der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag erklärt worden ist, werden auf den Linien der Sächsischen Staatsbahnen die Personenzüge an diesem Tage wie an Sonn- und Festtagen verkehren.

— **Der M.-S.-B. Eintracht** unternimmt morgen, Donnerstag, eine Herrenpartie nach Ebenheit d. Königsstein.

— **Ueber „Völkerverbund und Weltanschauung“** wird am 1. Mai 1919 abends 1/28 Uhr in Hegenbarths Sälen Herr Dr. Alfred Koeppen einen zeitgemäßen Vortrag halten. Es ist eine für jedermann dringende Notwendigkeit, sich mit diesem Gedanken zu beschäftigen, damit durch eine große Rundgebung im ganzen Deutschen Reiche der Völkerverbund den Frieden diktiert und nicht etwa ein Gewaltfrieden zustandekommt, denn dann der Völkerverbund nachhinkt; denn ein solcher zustandekommener Bund würde nichts leisten können und ein solcher Frieden würde für Deutschland und für alle Länder den Todeskeim in sich tragen und nur zu neuen Kriegen führen. Der Redner wird in dem Vortrag entwickeln, wie der Völkerverbundsgedanke bereits ein Menschheitstraum aller Zeiten gewesen ist und er wird zeigen, wie ein Völkerverbund dazu beitragen muß, die Menschheit zu vervollkommen und den Menschen ein neues Glückseligkeits- und Glückseligkeitsgefühl zu bringen. Das bisherige Glückseligkeitsgefühl des einzelnen Menschen, des Staatsbürgers und des Staates war durchaus falsch eingestellt, und mit der ethischen Erziehung des Menschen im Sinne des Völkerverbundes kann erst der Menschheit ein neues Glück erwachsen. Fragen, die das Leben jedes einzelnen Staatsbürgers aber auch des Staates selbst berühren, werden nach allen Seiten hin eingehend beleuchtet werden.

— **Am Sonnabend, dem 3. Mai,** wird im Gasthof Mittelndorf der beliebte sächsische Komiker Arthur Wolf mit seinem „Elbtal-Sänger-Trio“ einen humoristischen Abend geben, worauf heute schon aufmerksam gemacht sei. Nach dem Konzert findet für die Konzertbesucher Tanz statt.

— **Verbot von Lebensmittelauflagen.** Das sächsische Wirtschaftsministerium erläßt mit Wirkung vom 1. Mai ab eine Verordnung, nach der das öffentliche Ausstellen der nachverzeiheten Nahrungs- und Genussmittel, soweit dafür keine Höchst- und Richtpreise bestehen, verboten ist: Wein, Spirituosen und ihre Uttrappen; Fleisch, Wurst und Fettwaren und ihre Konserven; Wild und Geflügel und ihre Konserven; Fischkonserven; getrocknete Feinsalze; Obstkonserven und Marmeladen; Konditorenwaren, Süßgebäck, Kekse und Pfefferkuchen; Honig-, Zucker- und Schokoladenwaren; Käse und Molkeerzeugnisse. Im Falle eines dringenden Bedürfnisses sind die Kommunalverbände befugt, das Verbot auf andere Nahrungs- und Genussmittel zu erstrecken. Das Verbot erstreckt sich auf die Auslagen in Schaufenstern und offenen Verkaufsständen aller Art. Als offene Verkaufsstände gelten insbesondere auch die Stände auf öffentlichen Straßen und Plätzen (Straßenhändler), in Hausdurchgängen und in Markthallen. Die unter das Auslagerverbot fallenden Waren dürfen von außen durch die Schaufenster, Ladenfenster und Eingangstüren der Verkaufsläden nicht sichtbar sein. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

— **Die Festsetzung näherer Bestimmungen** für den über ganz Sachsen verhängten Belagerungszustand und ihre Durchführung ist vom Ministerium für Militärwesen nunmehr wie für den übrigen Bezirk des 12. Armeekorps auch für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altkadt, Dresden-Neustadt und Pirna dem Generalkommando XII vom 29. April ab übertragen worden. Das Generalkommando hat mit der Durchführung der über den Belagerungszustand erlassenen Anordnungen in den genannten drei Amtshauptmannschaften den Generalleutnant Grafen Bisthum v. Eckstädt beauftragt. Generalmajor Frotzcher wird anderweit dienstlich verwendet.

— **Zur Eierbewirtschaftung.** Die Eierbewirtschaftung ist seit 1. April freigegeben. Die Preise sind ungeheuer in die Höhe geschossen und Bestrafungen einzelner Verkäufer wegen Wuchers sind schon unterwegs! Es würde ein schlechter Dank der Landwirtschaft sein, wenn die erste Freigabe landwirtschaftlicher Produkte nach der jahrelangen, so schwer empfundenen Zwangswirtschaft dazu benutzt würde, daß von Einzelnen geradezu Wucherpreise für die Eier gefordert werden. Die gesamte Landwirtschaft muß unter

solcher pflichtvergessener Handlungsweise derer leiden, die nie genug bekommen können! Schlägt der Versuch der Freigabe der Eier fehl, dann wird nicht nur deren öffentliche Bewirtschaftung wieder eintreten, sondern wir werden die Zwangsbewirtschaftung, unter der unser Berufsstand so schwer leidet, überhaupt nicht los! Sorge daher jeder weitsichtige Landwirt im Kreise seiner Berufsgenossen für entsprechende Aufklärung, damit sich keiner verleiten läßt, durch das Fordern oder Annehmen höherer Preise den Wucher und Schleichhandel fördern zu helfen. Landeskulturrat. Landwirtschaftl. Kreisvereine. Verband landwirtschaftl. Hausfrauenvereine.

— **Die Lederpreise steigen weiter** und mit ihnen werden auch die Schuhe noch teurer. Nach uns von der hiesigen Schuhmachereinnung übergebenen Druckschriften steigt der Lederpreis in aller nächster Zeit um weitere 50%. Darum ist es ratsam, sich — wenn nötig — baldigst mit Schuhwaren einzudecken und Reparaturen an der Fußbekleidung schnellstens vornehmen zu lassen.

— **Das große Los der sächsischen Landeslotterie** fiel auf die Nummer 105 115.

— **Filmzensur zum Schutze der Jugendlichen.** Nach Aufhebung der allgemeinen Zensur, insbesondere der Theaterzensur, wird auch die Filmzensur abgebaut. Dabei bleiben indessen, wie verlautet, hinsichtlich der Filmzensur die bisherigen Bestimmungen über den Schutz der Jugendlichen einstweilen bestehen. Eine gesetzliche Regelung dieser Frage steht bevor. Nach ihrer Verabschiedung wird auch dieser letzte Rest der Zensur verschwinden.

Dresden. Am Montag nachmittag fuhrn auf der Großenhainer Straße nahe dem Gasthof Wilber Mann zwei junge Männer einen mit Holz beladenen Handwagen den steilen Wilber-Mann-Berg herab, verloren aber die Herrschaft über das Gefährt und wurden von ihm umgerissen. Während der eine von ihnen zur Seite zu springen vermochte, gelang dies dem in der Rehefelder Straße wohnenden 16jährigen Erich Bönnig nicht, da er ein Zuggurtband um die Brust trug. Der schwere Wagen rollte über seinen Körper hinweg und führte dessen augenblicklichen Tod herbei. — In einer Wohnung des Hauses Gerichtsstraße 18 wurde ein 13jähriges Schulmädchen tot aufgefunden. Ihr Tod war durch Leuchtgas eingetreten. An ihr angestellte Wiederbelebungversuche blieben leider erfolglos. Es liegt Unglücksfall vor. Durch einen offenstehenden Gashahn waren große Mengen Leuchtgas in ihr Zimmer entströmt.

Baugen. Eine Protestversammlung eigener Art veranstalteten am Sonntag die Wenden in Rathbor bei Baugen. Sie erhoben schärfsten Widerspruch gegen die Verhaftung des Fleischbeschauers Hjke aus Rathbor, der als wendischer Kurier an der Grenze bei Ebersbach festgenommen worden war, als er verschiedene Schriftstücke, Abbildungen usw. über die Grenze nach Prag zu schmuggeln versucht hatte. Ferner verwarnten sie sich gegen die Einmischung der Staatsanwaltschaft in die wendischen Angelegenheiten und forderten die sofortige Freilassung Hjkes aus der Haft sowie Garantien dafür, daß der wendische Nationalausschuß auf Grund der 14 Punkte Wilsons ungehindert mit der Pariser Konferenz verkehren kann, und daß insbesondere die Führer des wendischen Nationalausschusses unangefastet bleiben. Wie verlautet, ist bei der Reichshauptmannschaft Baugen ein Wende als Schreibhilfe angestellt worden, um den Wenden zu ermöglichen, sich auch mit dieser Behörde in ihrer Muttersprache zu verständigen.

Chemnitz. Das Garnisonkommando Chemnitz erläßt folgende Bekanntmachung: Am Sonntag, den 27. April, haben trotz ausdrücklichen Verbotes des Garnisonkommandos fünf Versammlungen der kommunistischen Partei mit anschließendem Demonstrationzuge stattgefunden. Wegen die Einberufer der Versammlungen beziehungsweise gegen die Referenten Bandler, Heckert, Eichhorn, Steinert und Stewert ist strafrechtliche Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft eingeleitet worden.

Falkenstein i. B. Da die kommunistischen Umtriebe sich am Sonnabend abend wiederholten, traf von Zwickau her eine Sicherheitswehr in Stärke von 120 Mann in Falkenstein ein. Es wurden 4 Mitglieder des Arbeitslosenrates in ihren Wohnungen verhaftet. Als die Kommunisten von der Verhaftung erfuhren, ließen sie Sturm läuten und zogen in einem Demonstrationzuge vor das Rathaus, wo sie energisch die sofortige Freilassung der vier Verhafteten forderten. Diese waren aber inzwischen mittels Automobils an die Staatsanwaltschaft in Plauen abgeliefert worden. Die Demonstranten beschloßen darauf, fünf namhafte Persönlichkeiten der Stadt als Geiseln zu nehmen und solange in Haft zu behalten, bis die Freilassung der vier Arbeitslosenratmitglieder erfolgt ist. Daraufhin gab die Staatsanwaltschaft in Plauen die vier Verhafteten wieder heraus.

Leipzig. Am vergangenen Freitag ist hier kurz nach Vollendung des 80. Lebensjahres Herr Senatspräsident a. D. beim Reichsgericht Wirkl. Geh. Rat Dr. Georg Fretesleben, Czöllenz, gestorben.

Verwaltungsvermögen 150.000.000 Kronen.

Niedereinfieler Sparkasse,
Niedereinfiel (Deutschböhmen).

Mündelsichere Geldeinlagen
gegen Einlagebücher in Mark deutscher Reichswährung zu

4 1/4 %

Tägl. Verzinsung. Halbjähr. Zinseszinsverrechnung.
Höherverzins. größ. Beträge nach Vereinbarung.
Einzahlungen auch ohne Einwendung des Sparbuches auf unser Konto Nr. 10 084 beim Postfachamt Leipzig. Rückzahlungen überallhin porto- und spesenfrei. — Ausführliche Prospekte und Zahlkarten sind kostenfrei erhältlich.

